



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 27. September 2002 (04.10)
(OR. fr)

12399/02

PUBLIC 7

TRANSPARENZ

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
JULI/AUGUST 2002

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Juli 2002 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregel vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Juli/August 2002 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://ue.eu.int> unter der Rubrik "TRANSPARENZ" - "Rechtsakte des Rates" zugänglich.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, dass ausschließlich die die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte betreffenden Protokolle maßgebend sind. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-mail unter der Adresse transparency@consilium.eu.int angefordert werden.

¹ mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

JULI 2002			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2444. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 12. Juli 2002			
Entscheidung des Rates zur Ermächtigung der Hellenischen Republik zur Anwendung einer von den Artikeln 2 und 28a der Sechsten Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern abweichenden Regelung	10339/02		Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Anpassung der Teile III und VIII der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion	8729/1/02 REV 1 + COR 1 (fr,de,it,en,da,el,es,pt,fi,sv)		Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Änderung von Teil VI der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion	9202/02		Einstimmigkeit
Entscheidung des Rates zur Übernahme des Gemeinsamen Handbuchs	9287/2/02 REV 2 + COR 1	128/02	Einstimmigkeit

JULI 2002			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
2446. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 19. Juli 2002			
Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung des Menschenhandels	9576/02 + COR 1 (sv) + COR 2 + COR 3 (fi)	129/02, 130/02, 131/02	Einstimmigkeit
Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2002/57/EG über den Verkehr mit Saatgut von Öl- und Faserpflanzen	10044/02	132/02	Qualifizierte Mehrheit
2447. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 22. Juli 2002			
Beschluss des Rates über ein Rahmenprogramm Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (AGIS)	10814/02		Einstimmigkeit

JULI 2002			
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNG/ ERKLÄRUNGEN ZUR STIMMABGABE UND ABSTIMMUNGSREGEL
Schriftliches Verfahren vom 23. Juli 2002 Verordnung des Rates über staatliche Beihilfen für den Steinkohlenbergbau	9865/1/02 REV 1 + REV 1 COR 1 (es) + REV 1 COR 2 (fr,de,it,nl,en,da,el,es,pt,sv) + COR 3 (pt) + COR 4 (es)	133/02, 134/02	DK, S Enthaltung Qualifizierte Mehrheit

ERKLÄRUNG 128/02**Erklärung der Kommission**

'Die Rechtsstellung der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, die Drittstaatsangehörige sind, wird durch die Bestimmungen der Teile II und III (Titel III) des EG-Vertrags geregelt. Die Bestimmungen des Titels IV sehen lediglich eine Zuständigkeit für die Festlegung der Modalitäten der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Überschreiten der Außengrenzen vor. Jedoch werden mit den Änderungen nach Artikel 1 des Beschlusses ... die Bestimmungen über die Einreiseverweigerung, die ursprünglich für nicht unter das europäische Recht fallende Drittstaatsangehörige vorgesehen waren, auf Drittstaatsangehörige anwendbar, die Familienangehörige eines Unionsbürgers sind und die somit gemäß der Rechtsprechung des Gerichtshofs gemeinschaftsrechtlich Begünstigte sind. Die Kommission ist daher der Auffassung, dass die Bestimmungen über die Einreiseverweigerung in Bezug auf gemeinschaftsrechtlich Begünstigte nur auf der Grundlage der Teile II und III (Titel III) des EG-Vertrags in der vom Gerichtshof gegebenen Auslegung festgelegt werden können.

Die Kommission behält sich daher alle ihre Rechte gemäß dem Vertrag vor."

ERKLÄRUNG 129/02

Erklärung des Rates

"Der Rat erklärt, dass die im Rahmenbeschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels aufgeführten erschwerenden Umstände in keiner Weise die Umstände präjudizieren, die in künftigen Rahmenbeschlüssen als erschwerend zu gelten haben."

ERKLÄRUNG 130/02

Erklärung des Vereinigten Königreichs

"Das Vereinigte Königreich unterstützt uneingeschränkt ein scharfes Vorgehen gegen den Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. 'Pornografie' wird in Artikel 1 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses genannt, wird aber nicht definiert. Was die in diesem Rahmenbeschluss enthaltene Verpflichtung hinsichtlich Pornografie anbelangt, so wird das Vereinigte Königreich im Einklang mit der Definition für 'pornografisches Material', die für Artikel 9 Absatz 2 des Entwurfs des Übereinkommens des Europarates über Cyberkriminalität (vom 10. Januar 2001) vereinbart worden ist, die in den britischen Rechtsvorschriften vorgesehenen strengen Maßnahmen zur Bekämpfung von schamverletzendem und anstößigem Material anwenden, die die Bevölkerung vor Material schützen, das zu einer sittlichen Verdorbenheit führen kann."

ERKLÄRUNG 131/02

Erklärung der deutschen, der österreichischen und der dänischen Delegation zur Mindesthöchststrafenregelung in Artikel 3 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses

- "1. Die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Österreich und das Königreich Dänemark sind wegen der besonderen politischen Bedeutung, die dem Rahmenbeschluss bei der Bekämpfung des Menschenhandels zukommt, bereit, die Mindesthöchststrafenregelung unter Zurückstellung der fortbestehenden grundsätzlichen Bedenken mitzutragen.
2. Sie verbinden mit der Entscheidung die Erwartung, dass hinsichtlich künftiger Rahmenbeschlüsse die Schlussfolgerungen des Rates über einen Ansatz zur Angleichung der Strafen vom 24./25. April 2002 berücksichtigt werden.
3. Der Rat der Europäischen Union hat am 17. Oktober 2000 im Zusammenhang mit dem Rahmenbeschluss über Geldwäsche sowie Ermittlung, Einfrieren, Beschlagnahme und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten folgende Erklärung abgegeben:

"Der Rat erkennt an, dass bei Festlegung von Mindesthöchststrafen die Kohärenz der nationalen Strafsysteme gewahrt bleiben muss.

Er ist ferner der Auffassung, dass bei einem gemeinsamen Vorgehen gegen bestimmte strafbare Handlungen in jedem Einzelfall zu prüfen ist, ob für die Schaffung eines Raums der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts die Festlegung einer Mindesthöchststrafe zwingend geboten ist."

Die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Österreich und das Königreich Dänemark weisen darauf hin, dass dieser Gedanke in die Schlussfolgerungen über einen Ansatz zur Angleichung der Strafen eingeflossen ist, wo es heißt:

"Bei der Prüfung der Frage, wie die strafrechtlichen Sanktionen in bestimmten Bereichen zu harmonisieren sind, darf nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Rechtstraditionen haben. Um den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, die Kohärenz ihrer nationalen Sanktionssysteme zu wahren, bedarf es zur Harmonisierung der strafrechtlichen Sanktionen einer gewissen Flexibilität.

Enthalten Vorschläge für Rechtsakte, die im Rahmen von Titel VI des EUV zu erlassen sind, Bestimmungen, die Mindesttatbestandsmerkmale für Straftaten festlegen, wird geprüft, ob nach dem innerstaatlichen Recht für die betreffenden Straftaten gegebenenfalls ein Mindestniveau der Höchststrafen festzusetzen ist.

In einigen Fällen mag eine Bestimmung genügen, wonach die Mitgliedstaaten vorsehen, dass die betreffenden Straftaten mit wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden Strafen bedroht werden, so dass die Festsetzung des Strafniveaus jedem Mitgliedstaat überlassen wäre."

Die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Österreich und das Königreich Dänemark begrüßen diese grundsätzlichen Erwägungen, ebenso wie das in den Schlussfolgerungen festgelegte System von Strafniveaus, welches durch seine Flexibilität der Kohärenz der nationalen Strafsystems Rechnung trägt."

ERKLÄRUNG 132/02

Erklärung der Kommission

"Die Kommission bestätigt, dass sie mittels des Verfahrens des Ständigen Ausschusses Anforderungen für die Kennzeichnungsvorschriften für Verbundsorten (anhand der Bestimmungen von Nummer 6 Buchstabe d des Anhangs zur Entscheidung 95/232/EG der Kommission) festlegen wird. Diese Maßnahmen werden spätestens zum Zeitpunkt der Umsetzung dieser Änderung durch die Mitgliedstaaten ergriffen."

ERKLÄRUNG 133/02

Erklärung Belgiens und Schwedens zu Artikel 6

"Belgien und Schweden bedauern, dass – nach Artikel 6 dieser Verordnung – der Betrag der Beihilfe, die ein Mitgliedstaat für den Zugang zu den Steinkohlevorkommen gewähren darf, nicht kontinuierlich und in nennenswertem Umfang abgebaut zu werden braucht. Da die Gefahr besteht, dass diese Art der Beihilfe sogar noch zunimmt, ersuchen sie die Europäische Kommission, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten die Artikel 87 und 88 des Vertrags in vollem Umfang einhalten."

ERKLÄRUNG 134/02

Erklärung der Kommission zu Artikel 6

"Die Kommission nimmt das über den Wortlaut von Artikel 6 erzielte Einvernehmen zur Kenntnis. Sie wird bei der Prüfung der ihr notifizierten Beihilfen weiterhin auf die korrekte Anwendung dieser Regelung und des Vertrags, insbesondere auf die Degressivität der Betriebsbeihilfen, achten."

JULI/AUGUST 2002	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
2444. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 12. Juli 2002 Beschluss des Rates über eine weitere Makro-Finanzhilfe für die Ukraine Dok. 10056/02 <u>Veröffentlichte Erklärung der Kommission</u> <i>"Die Kommission erklärt, dass spätestens zwei Jahre nach Veröffentlichung dieses Beschlusses über eine Makro-Finanzhilfe für die Ukraine seine Umsetzung grundsätzlich abgeschlossen sein soll."</i> Beschluss des Rates über die Annahme der Geschäftsordnung des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds Dok. 10369/02 Gemeinsame Aktion betreffend den Beitrag der Europäischen Union zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen und zur Aufhebung der Gemeinsamen Aktion 1999/34/GASP Dok. 9880/02 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 517/94 des Rates über die gemeinsame Regelung der Einfuhren von Textilwaren aus bestimmten Drittländern, die nicht unter bilaterale Abkommen, Protokolle, andere Vereinbarungen oder eine spezifische gemeinschaftliche Einfuhrregelung fallen Dok. 10207/02 2446. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 19. Juli 2002 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch) Dok. 9359/02 + COR 1 (de) + COR 2 (pt) + COR 3 (sv) + COR 4 (it) + COR 5 (nl) + COR 6 (en) + COR 7 (fi) + COR 8 (pt) + REV 1 (da) + REV 4 (el) + REV 5 (fi) + ADD 1	

JULI/AUGUST 2002	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 963/2002 des Rates zur Festlegung der Übergangsbestimmungen für gemäß den Entscheidungen Nr. 2277/96/EGKS und Nr. 1889/98/EGKS der Kommission erlassene Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen sowie für anhängige Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen und Anträge gemäß diesen Entscheidungen Ablauf des EGKS-Vertrags - Beschluss der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten betreffend die Folgen des Ablaufs des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) für von der EGKS geschlossene internationale Übereinkünfte Dok. 9403/02 + COR 1 - Beschluss des Rates über die Folgen des Außerkrafttretens des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) für die von der EGKS geschlossenen internationalen Abkommen Dok. 10335/02 Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten über die Freizügigkeit von Patienten und die Entwicklung der Gesundheitsversorgung in der Europäischen Union Dok. 10217/02 + REV 1 (fi) + REV 1 COR 1 (fi) + REV 3 (sv) 2447. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) vom 22. Juli 2002 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 397/1999 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in Taiwan Dok. 10332/02 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Sulfanilsäure mit Ursprung in Indien Dok. 10579/02 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Sulfanilsäure mit Ursprung in der Volksrepublik China und Indien Dok. 10582/02	

JULI/AUGUST 2002	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Beschluss des Rates zur Festlegung seiner Geschäftsordnung	A Enthaltung
Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Liberia Dok. 9811/02 + REV 1 (en)	
Verordnung des Rates über den Abschluss eines Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Libanesischen Republik andererseits Dok. 10253/02, 7470/1/02 REV 1, 7470/02 ADD 1 REV 1	
Verordnung des Rates über Zugeständnisse in Form von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und über die autonome und befristete Anpassung bestimmter Zugeständnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse gemäß dem Europa-Abkommen mit Litauen Dok. 9964/02 + COR 1 + COR 1 REV 1 (el)	
Verordnung des Rates über Zugeständnisse in Form von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und über die autonome und befristete Anpassung bestimmter Zugeständnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse gemäß dem Europa-Abkommen mit Lettland Dok. 9965/02 + COR 1	
Beschluss des Rates über die Mitwirkung der Gemeinschaft in der Internationalen Kautschukstudiengruppe Dok. 10887/02	
Entscheidung des Rates zur Änderung der Entscheidung 2001/76/EG betreffend Exportkredite für Schiffe Dok. 9227/02	A Enthaltung
<u>Veröffentlichte Erklärung der Mitgliedstaaten</u> <i>"Es wird anerkannt, dass im Fall von Schiffen, die unter die (im März 2002 von den Vertragsparteien des Übereinkommens angenommene) Sektorvereinbarung über Exportkredite für Schiffe fallen, auf diejenigen Vertragsparteien des Übereinkommens, die nicht Vertragspartei der Sektorvereinbarung sind, weder das Übereinkommen noch die Sektorvereinbarung zur Anwendung kommen."</i>	

JULI/AUGUST 2002	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Ergänzung des Gemeinsamen Standpunkts 96/741/GASP betreffend Ausnahmen von dem Embargo gegenüber Irak Beschluss des Rates über die Beteiligung der Gemeinschaft an der siebten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Bonner Übereinkommens zur Erhaltung der wandernden wild lebenden Tierarten Dok. 10950/02 Anlage Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen im Südostatlantik durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 15080/01 + COR 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates zur Änderung des Gemeinsamen Standpunkts 2002/145/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Simbabwe Dok. 11032/02 Schriftliches Verfahren vom 25. Juli 2002 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2465/96 über die Unterbrechung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Irak Dok. 11024/02 Schriftliches Verfahren vom 26. Juli 2002 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme im Binnenmarkt (Fiscalis-Programm 2003-2007) Dok. 10612/02 + COR 1 + COR 2 (nl) + REV 1 (sv) + ADD 1	UK Enthaltung

JULI/AUGUST 2002	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Schriftliche Verfahren vom 29. Juli 2002 Beschlüsse über den Standpunkt der Gemeinschaft betreffend einen Beschluss des Assoziationsrates EU-Polen und die Unterzeichnung von Zusatzprotokollen zu den Europa-Abkommen mit der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien Anlage I von Dok. 11214/02, 10752/02, 10753/02, 10754/02 Verordnung des Rates über Zugeständnisse in Form von gemeinschaftlichen Zollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und über die autonome und befristete Anpassung bestimmter Zugeständnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse gemäß dem Europa-Abkommen mit Ungarn Dok. 10759/02 Schriftliches Verfahren vom 31. Juli 2002 Beschluss des Rates über die seitens der Gemeinschaft erfolgende Unterzeichnung des Protokolls über den Beitritt der Gemeinschaft zur Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) und dessen vorläufige Anwendung Dok. 9771/02 Schriftliches Verfahren vom 14. August 2002 Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Farbfernsehempfangsgeräten mit Ursprung in der Volksrepublik China, der Republik Korea, Malaysia und Thailand und zur Einstellung des Verfahrens betreffend die Einfuhren von Farbfernsehempfangsgeräten mit Ursprung in Singapur Dok. 10655/02 Schriftliche Verfahren vom 19. August 2002 Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 348/2000 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung in Kroatien und der Ukraine Dok. 11400/02	

JULI/AUGUST 2002	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse
Verordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Rohrstücke aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Tschechischen Republik, Malaysia, Russland, der Republik Korea und der Slowakei	
